

Helmut Reifeld

# Nehmen die Ausländer uns die Arbeitsplätze weg?

**Braucht der deutsche Arbeitsmarkt langfristig ausländische Arbeitnehmer? Verdrängen nicht die Ausländer die Deutschen, insbesondere von der geringer qualifizierten Arbeit? In der gegenwärtig überreizten Situation neigen viele Bundesbürger dazu, diese Frage mit „ja“ zu beantworten. Langfristig gesehen und nüchtern betrachtet, muß die Antwort lauten: Nein, im Gegenteil, sie werden benötigt.**

Die Ausländer in Deutschland scheinen im Moment in Staat und Gesellschaft zum Problem Nummer Eins geworden zu sein. Auch der Arbeitsmarkt wird dabei als Anknüpfungspunkt für Zahlenspiele und Horrordisvisionen benutzt. Im Bundeskanzleramt war in diesen Tagen sogar schon von „Staatsnotstand“ die Rede. Ganze Bevölkerungsmassen strömen anscheinend von Ost nach West, von Süden nach Norden, und alle scheinen nur ein Ziel zu kennen: Deutschland.

Wie ein Kooperationsseminar der Arbeitgeber-Bundesvereinigung mit dem IB (Internationaler Bund für Sozialarbeit) und dem Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft Mitte September ergab, wird die Angst, die derzeit in der Bevölkerung grassiert, durch kurzfristige und kurzsichtige Perspektiven bestärkt. Dabei tut ein gelassener Blick sowohl zurück auf die europäische Migrationsgeschichte als auch auf solide Zukunftsprognosen dringend not. Denn bei all diesen Verunsicherungen der öffentlichen ebenso wie der veröffentlichten Meinung ist völlig in Vergessenheit geraten, daß der „homo migrans“ zu allen Zeiten zur historischen Normalität gehörte. Wandernde Bevölkerungsgruppen zählten schon immer zu den Alltagserfahrungen der Menschen, und mei-

stens geschahen diese Wanderungen zum Wohle aller Beteiligten. Das gilt auch für die Menschen, in deren Gebiet „Fremde“ eine neue Heimat fanden. Auch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann für die ersten drei Jahrzehnte die Integration von Vertriebenen, Flüchtlingen, Gastarbeitern und Aussiedlern als Erfolg verbucht werden.

## Bedrohlich – bereichernd

Anhand vieler Beispiele ließe sich daran erinnern, daß in den vergangenen Jahrhunderten ebenso häufig Deutsche im Ausland Zuflucht gesucht und gefunden haben wie Ausländer in Deutschland.<sup>1)</sup> Die „neue“ Einwanderungssituation im vereinigten Deutschland ist somit lediglich das aktuelle Glied in einer langen Kette von Aus- und Einwanderungen, die zwar auch früher schon im Vorfeld zeitweise als bedrohlich, im nachhinein aber immer auch als hoffnungsvoll, bereichernd und innovativ empfunden worden sind.

Obwohl es mithin historisch gesehen Anlaß zur Gelassenheit gibt, beherrscht Skepsis die Einschätzung der aktuellen gesellschaftspolitischen Probleme. Insbesondere die verantwortlichen Politiker erscheinen fast nur noch als getriebene, statt als treibende Kraft, die lenkend auf die Entwicklung Einfluß zu nehmen versucht. Auch die Medien tragen wenig zur Sensibilisierung im Umgang mit den „Fremden“ bei. Was bisher völlig fehlt, was aber für die Zukunft dringend benötigt wird, sind ganzheitliche Lösungsvorstellungen und eine langfristige Planung dafür, wie Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik am Beginn des kommenden Jahrhunderts im Hinblick auf die Ausländer bei uns gestaltet werden sollen. Es gibt gerade in den Parteien, aber auch in den staatlichen Organen kaum ordnungspolitische Ideen, die über 1994 hinausreichen. Vor allem gibt es viel zu wenig Konsens über die Maßstäbe und die



Kriterien, mit deren Hilfe wir uns weiterhin um eine Lösung der anstehenden Probleme bemühen wollen. Ist es nach Einschätzung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble, angeblich bereits „fünf nach zwölf“, so halten viele Verantwortliche in Wirtschaft und Gesellschaft den Uhrzeiger in diesem Punkte schon für wesentlich weiter fortgerückt.

Der öffentliche Disput darüber, ob die Bundesrepublik Deutschland letztlich als Einwanderungsland bezeichnet werden darf oder nicht, schafft nicht die Tatsache steigender Einwanderungszahlen aus der Welt. Auf gar keinen Fall darf er dazu führen, auf die Planung von Einwanderungsmaßnahmen und die frühzeitige Suche nach umfassenden Integrationsmöglichkeiten zu verzichten.

## Der Druck steigt

Seit dem Anwerbestopp für Gastarbeiter 1973 gibt es bis heute nicht nur unzureichende Informationen über die Aufnahme von Ausländern in den deutschen Arbeitsmarkt, sondern es fehlt vor allem eine Planung in

Dr. Helmut Reifeld, Referent für Mitarbeiterfortbildung beim Internationalen Bund für Sozialarbeit/Jugendsozialwerk e. V., Frankfurt/M.

bezug auf die damit verbundenen Nebenfolgen. Immerhin werden im laufenden Jahr 1992 rund 50 000 ausländische Arbeitnehmer mehr auf den Markt drängen als 1972, dem Jahr vor dem Anwerbestopp. In Deutschland anwesende Ausländer lassen sich – ganz unabhängig von einer Arbeitserlaubnis – auf Dauer nicht vom Arbeitsmarkt fernhalten. Darüber hinaus müßten mit jeder Aufenthaltserlaubnis auch sozialpolitische Maßnahmen der sprachlichen und beruflichen Integration einhergehen.

Alle Kenner der Materie stimmen darin überein, daß noch auf Jahrzehnte hinaus ein Anhalten des Aussiedlerstroms und ein Zuwanderungsdruck zum einen von Osten, zum anderen von Süden her zu erwarten sein wird. Die meisten sind ebenfalls der Meinung, daß die notwendige Aufrechterhaltung eines individuellen Asylrechts für tatsächlich politisch Verfolgte nach Möglichkeit entlastet werden müßte durch eine europäische Zuwanderungskontingentierung. Die Umsetzung der von einigen ebenfalls für dring-

lich erforderlich gehaltenen Einwanderungs- und Integrationsgesetzgebung steht allerdings zur Zeit noch quer zu allem, was in Deutschland auf der legislativen Ebene möglich ist.

Dabei wurde bisher der faktische Bedarf des Arbeitsmarktes an ausländischen Arbeitskräften für die kommenden Jahrzehnte kaum in Rechnung gestellt. Jeder aber, der die Entwicklung der Geburten- und der sogenannten „Nettoproduktionsrate“ mit der zu erwartenden Nachfrage nach Arbeitskräften kontrastiert, muß ins Grübeln geraten. In beiden Bereichen handelt es sich jedoch um eindeutig extrapolierbare Daten. Demnach wird die unternehmerische Wirtschaft in Deutschland im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts notwendig auf besser qualifizierte Arbeitskräfte aller Altersstufen angewiesen sein – eigene oder fremde. Relevant für den Arbeitsmarkt ist die Gesamtzahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Da diese Altersstruktur aber hochgradig krank, d. h. durch Überalterung und eine stark rückläufi-

ge Zahl von Erwerbstätigen gekennzeichnet ist, muß heute überlegt und geplant werden, wie im Jahre 2010 oder gar 2030 diesem Problem begegnet werden kann.

## Die Qualifikation macht es

Wünschenswert wäre es freilich, wenn die einzustellenden ausländischen Arbeitnehmer bedarfs- und qualifikationsorientiert ausgewählt werden könnten. Da dies aber kaum der Fall sein wird, sollte dringend eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen werden, natürlich vorrangig mit Blick auf die eigenen Arbeitskräfte: Unser jetziges Aus- und Fortbildungssystem muß reformiert und bedarfsorientiert verbessert werden. Dies gilt nicht nur für die Erst-, sondern auch für die Weiterbildung; brachliegende Fachkenntnisse (z. B. von Frauen, die längere Zeit keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind) müssen reaktiviert und die Attraktivität von Mangelberufen erhöht werden; Spielräume, sowohl was die Mitbestimmung und Mitverantwortung von Arbeitnehmern als auch was deren räumliche Mobilität betrifft, lassen sich noch viel intensiver nutzen; Arbeitszeiten, und zwar Wochen- ebenso wie Jahres- und Lebensarbeitszeiten, müssen langfristig eher erweitert als reduziert werden. Darüber hinaus gilt es aber auch, die Integration ausländischer Arbeitnehmer langfristig zu planen und gesellschaftspolitisch zu steuern. Wir müssen zur Zeit neu lernen, mit deren Präsenz konstruktiv, statt nur defensiv umzugehen. Zum Beispiel ließen sich die bereits anwesenden Ausländer noch viel stärker als bisher in die Integrationsaufgaben einbinden angesichts der neu hinzukommenden. Selbst kurzfristig gesehen sollte bedacht werden, daß durch die Beseitigung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung jüngst errechnet hat, benötigen wir allerdings bis zum Jahr 2020 jährlich 250 000 Menschen mehr auf dem Arbeitsmarkt als vorhanden sein werden.<sup>2)</sup> Bleibt zu hoffen, daß sie einwandern werden.

### PETRI AG – ein zukunftsorientiertes Unternehmen

#### Seit 1899 erfolgreich am Markt

Die PETRI AG entwickelt und fertigt Lenkräder und Qualitätsteile aus Kunststoff.

#### Mit Verantwortung in die Zukunft

Sicherheit und Qualität stehen bei PETRI an erster Stelle. Modernste Prüflaboratorien für Dauer-Tests und Qualitäts-Kontrollen garantieren die kompromißlose Sicherung der Qualität.

#### Airbag – eine konsequente Sicherheitsentwicklung

In Zusammenarbeit mit der Daimler Benz AG entwickelte PETRI das Airbag-Sicherheitssystem. – Ein wichtiger Beitrag zur Personensicherheit und ein Beweis für Fortschritt und Innovation.

Als Marktführer heute Pionierarbeit für morgen zu leisten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der PETRI AG



G+P

PETRI AG · Postfach 241 · 8750 Aschaffenburg  
Adresse: Bahnweg 1 · Telefon: (0 60 21) 9 01-0

#### Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu jetzt vor allem den von Klaus J. Bade herausgegebenen Sammelband: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, C.H. Beck, München 1992.

<sup>2)</sup> RWI-Mitteilungen, Heft 2/1992.